

Statement Burkhard Hose

Viele Menschen in christlichen Gemeinden, in Ordensgemeinschaften und Verbänden engagieren sich seit Jahren für Menschen auf der Flucht. Sie tun dies, weil es dran ist und weil es nach ihrer Überzeugung dem christlichen Gebot der Nächstenliebe entspricht. Oft unauffällig und leise und mit großer Beständigkeit begleiten sie Geflüchtete bei Behördengängen, nehmen unbegleitete minderjährige Geflüchtete als Pflegekinder bei sich auf oder erteilen in ihrer Freizeit Deutschunterricht.

Im Sommer 2015 gab es eine große Welle der Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, die mich in ihrer Kraft und in der ungeheuren Bereitschaft zum Teilen und sogar zum Verzicht beeindruckt hat. Anstatt diese positive Kraft politisch zu stärken, folgen Parteien – allen voran die CSU – der Logik der fremdenfeindlichen und nationalistischen Rechtspopulisten von PEGIDA, AfD und Co. Laute Stimmungsmache gegen schutzbedürftige Menschen äußert sich zunehmend in einer pauschalen Ablehnung des Islam. Gleichzeitig wird eine „christlich-jüdische“ Prägung heraufbeschworen, die es zu verteidigen gelte. Menschen, die auch bisher schon sozial benachteiligt wurden, werden jetzt mit ihren Sorgen um Arbeit, Wohnung und ein menschenwürdiges Leben im Alter gewissenlos ausgespielt gegen Menschen auf der Flucht mit ihrem berechtigten Anspruch auf Sozialleistungen.

Freiwillige, die vor knapp drei Jahren noch zu Ehrenamtsempfängern eingeladen und belobigt wurden, sehen sich inzwischen in ihrem Engagement alleingelassen. Sie sind enttäuscht von einer Politik, die sich christlich nennt, in ihrer Wahrnehmung aber praktizierte Nächstenliebe sabotiert. Freiwillige werden zunehmend für ihr Engagement angefeindet. Wie oft höre ich in den letzten Monaten von deprimierten Freiwilligen: „Die CSU macht das nur, um am rechten Rand Stimmen abzufischen. Dafür werfen sie christliche Werte über Bord.“

Nach meiner öffentlich geäußerten Kritik an der Kreuzverordnung des Bayerischen Kabinetts und der damit verbundenen medienwirksamen Kreuzaufhängung durch den Ministerpräsidenten bekam ich auffallend viele Rückmeldungen von der kirchlichen Basis und vor allem auch von Hauptamtlichen aus den Kirchen. Sie äußerten sich besorgt und verärgert darüber, dass das Christentum im politischen Reden und Handeln als Waffe gegenüber Menschen anderer Religion und Herkunft missbraucht wird. Das Kreuz als Macht- bzw. Überlegenheitssymbol – ob in schwarz-rot-gold mitgetragen auf PEGIDA-Aufmärschen oder als staatlich verordnetes Kultur-Symbol in öffentlichen Behörden - ist nicht Ausdruck eines besonders gläubigen Bekenntnisses, sondern es pervertiert all das, wofür für uns Christen das Kreuz steht. Die Kluft zwischen weiten Teilen der kirchlichen Basis einerseits und den christlichen Parteien andererseits wird immer größer.

Unsere Aktion „Kennzeichen einer christlichen und sozialen Politik“ ist wichtig, ja längst überfällig. Es ist an der Zeit, dass wir zusammen mit vielen Engagierten in den Kirchen laut und deutlich formulieren, welches die christlichen Werte sind, an denen sich eine Politik zu orientieren hat, die für sich beansprucht, christlich zu sein. Ich verstehe deshalb unsere Initiative in der Tradition des prophetischen Auftrags der Kirchen auch als Umkehrruf in Richtung CSU. Eine Politik, die sich christlich nennt, muss sich an ihren Taten messen lassen. Sie muss sich neu am Evangelium ausrichten. Sie darf christliche Werte nicht nur behaupten, sie muss diese Werte nach dem Vorbild vieler Freiwilliger auch praktizieren.